

LAND TAGS KURIER



Seite 5:
Fortschrittsbericht:
Gute Investitionen
in Sachsens Zukunft



Seite 12:
Festakt zum Tag der
Deutschen Einheit –
Tag der offenen Tür



Seite 16:
Forum Mitteleuropa
tage auf Einladung des
Parlaments in Budapest

Ausgabe
7.16



Sächsischer Landtag



Foto: S. Giersch

Liebe Bürgerinnen, liebe Bürger,

vom 1. bis 3. Oktober 2016 fanden die zentralen Feierlichkeiten zum 26. Tag der Deutschen Einheit in der Landeshauptstadt des Freistaates Sachsen statt. Dabei war es mir und meinen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern eine ganz besondere Freude, Gäste aus nah und fern an allen drei Tagen im Sächsischen Landtag begrüßen zu können.

Den Höhepunkt bildete der traditionelle Tag der offenen Tür, diesmal mit drei Diskussionsrunden zu den Themen Innere Sicherheit, Asyl und Bildung, zu denen sich die Fraktionen den Fragen der Anwesenden gestellt haben. Am Nationalfeiertag hatten Bürgerinnen und Bürger sowie ehemalige Abgeordnete aus ganz Sachsen im Plenarsaal die Gelegenheit, die Liveübertragung des zentralen Festaktes aus der Semperoper mitzuerleben. Er stellt in jedem Jahr einen der Höhepunkte der Einheitsfeierlichkeiten dar. In der Semperoper empfing der amtierende Bundesratspräsident und sächsische Ministerpräsident Stanislaw Tillich rund 1.000 hochrangige Vertreter aus Politik und Gesellschaft. Unter ihnen befanden sich auch Bundespräsident Joachim Gauck und Bundeskanzlerin Angela Merkel sowie mein Amtskollege auf Bundesebene, der Bundestagspräsident Norbert Lammert, der als Hauptredner die diesjährige Festrede hielt. Anlässlich dieser Liveübertragung habe ich in Erinnerung gerufen, dass die deutsche Einheit für uns Sachsen mit der Selbstbefreiung aus der Diktatur, der Wiedererrichtung unseres Freistaates und der Wiederbelebung des Parlamentarismus in einem eigenen Verfassungsstaat verbunden gewesen ist. Vorher an der Frauenkirche und später auch an der Semperoper wurden die höchsten Repräsentanten unseres Staates auf primitive Weise angepöbelt. Die Pöbler haben unserer Landeshauptstadt und unserem Freistaat geschadet. Norbert Lammert hat mir aus dem Herzen gesprochen, als er sagte: »Diejenigen, die heute besonders laut pfeifen und schreien und ihre erstaunliche Empörung kostenlos zu Markte tragen, die haben offenkundig das geringste Erinnerungsvermögen daran, in welcher Verfassung sich diese Stadt und dieses Land befunden haben, bevor die deutsche Einheit möglich wurde.«

Uns ist damals unter günstigen Umständen und mit viel Eigeninitiative etwas gelungen, auf das wir stolz sein können und stolz sein sollten. Viele Dresdner und ihre Gäste haben das mit ihrem Besuch des Sächsischen Landtags erneut zum Ausdruck gebracht.

Übrigens: Im Sächsischen Landtag sind Besucherinnen und Besucher nicht nur zu Höhepunkten wie dem Tag der Deutschen Einheit, sondern das ganze Jahr über recht herzlich willkommen.

Matthias Rößler
Dr. Matthias Rößler
Präsident des Sächsischen Landtags

PLENUM

41. Sitzung des Sächsischen Landtags Tempo bei der Aufklärung Innenminister mit Regierungserklärung zu Anschlägen in Dresden	4
41. Sitzung des Sächsischen Landtags Investitionen in Sachsens Zukunft Abgeordnete diskutierten den Fortschrittsbericht 2015	5
41. Sitzung des Sächsischen Landtags Lehren aus Bautzen ziehen! DIE LINKE: Integration »eventbetonter Jugendlicher« ist gescheitert	7
41. Sitzung des Sächsischen Landtags Deutliche Aufwertung Gesetz zur Änderung des Landesbeauftragtengesetzes beschlossen	8
42. Sitzung des Sächsischen Landtags Einheit in Freiheit CDU und SPD: Sachsen ist die Wiege der friedlichen Revolution	9
42. Sitzung des Sächsischen Landtags Förderung für Bahn und Bus GRÜNE: Sachsen vergibt Chance auf ÖPNV-Offensive	11

AKTUELLES

»In Einigkeit und Recht und Freiheit« Feierstunde zum 26. Tag der Deutschen Einheit am 3. Oktober 2016 in Dresden	12
Der Tag der offenen Tür am 2. Oktober 2016 Unterhaltung aus Löbau und politische Gespräche im Plenarsaal	14

EUROPA

»Miteinander in Mitteleuropa« Konferenz des Forums Mitteleuropa	16
Sächsischer Landtag eröffnet Verbindungsbüro in Brüssel	18

PARLAMENT

Belarussische Delegation im Landtag	20
---	----

AUSSTELLUNG

Sächsische Meister und Schüler im Landtag	21
---	----

GESCHICHTE

Petitionen auf den Landtagen 1866 – 1910	22
--	----

SERVICE

Weitere Informationen	24
-----------------------------	----

// Titelmotiv: Forum Mitteleuropa im Plenarsaal des Parlaments in Budapest //
Foto: Z. Pető, Hungarian Parliament Press

Einheit und Freiheit statt Angst und Gewalt

Foto: S. Giersch

// Die 41. Sitzung des Sächsischen Landtags am 28. September begann mit einer Regierungserklärung zu den Sprengstoffanschlägen in Dresden, in der Innenminister Markus Ulbig eine rasche Aufklärung forderte. Danach debattierten die Abgeordneten über den Fortschrittsbericht 2015 sowie die Ausschreitungen zwischen Flüchtlingen und Rechtsextremen in Bautzen. Weiterhin wurde über das Gesetz zur Änderung des Landesbeauftragtengesetzes beraten. Über Sachsens Lage 26 Jahre nach der Wiedervereinigung wurde in der 42. Sitzung am 29. September diskutiert. Außerdem stand eine Aktuelle Debatte zur Förderung des ÖPNV auf der Tagesordnung. //



41. Sitzung des Sächsischen Landtags

Foto: S. Giersch

Tempo bei der Aufklärung

Uwe Nösner

Innenminister mit Regierungserklärung zu Anschlägen in Dresden

// Zu Beginn der 41. Sitzung des Sächsischen Landtags am 28. September 2016 gab Innenminister Markus Ulbig eine Regierungserklärung zu den Sprengstoffanschlägen in Dresden am Abend des 26. September 2016 ab, bei deren Aufklärung er auf Tempo drängt. //

Die Ermittlungen zu den Anschlägen in Dresden, so Innenminister Markus Ulbig in seiner Regierungserklärung, liefen auf Hochtouren. Bei den Angriffen auf eine Moschee und das Kongresszentrum handle es sich um feige Anschläge, bei denen Verletzte und Tote in Kauf genommen worden seien. Es hätte auch anders ausgehen können. Sprengstoff sei keine Meinungsäußerung, sondern ein Verbrechen. Er habe die Angst der Familie des Imams bei einer Begegnung gespürt. Auch seine Fraktion, so Enrico Stange, DIE LINKE, stünde mit ihrem Mitgefühl und ihrer Solidarität an der Seite der betroffenen Familie, die diesen Anschlag zum Glück unverletzt überlebt habe. Sie halte auch die Entscheidung

des Generalstaatsanwalts, die Ermittlungen an sich zu ziehen, und auch den besonderen polizeilichen Schutz muslimischer Einrichtungen für richtig.

Inakzeptabel

Christian Hartmann, CDU, bezeichnete Gewalt einmal mehr als inakzeptabel. Die Täter hätten billigend die Gefährdung von Leib und Leben in Kauf genommen. Konsequentes Handeln des Staates sei gefordert. Die Ermittlungen der Polizei und Staatsanwaltschaft liefen auf Hochtouren. Er gehe davon aus, dass die Täter gestellt würden. Gewalt, so auch Albrecht

Pallas, SPD, dürfe kein Mittel zur Durchsetzung politischer Ziele sein. Es sei unerheblich, aus welcher Richtung die beiden Anschläge gekommen seien: Seine Fraktion verurteile sie zutiefst. Demokraten ließen sich aber von Demokratiefeinden nicht einschüchtern. Anstatt der Logik der Angst zu folgen, sorgten sie für mehr Demokratie und Offenheit und zeigten Antidemokraten immer wieder klar die Grenzen auf.

Gegen Stigmatisierung

Wie Carsten Hütter, AfD, betonte, vertraue seine Fraktion den Ermittlungen der Behörden, die

ihre Untersuchungen ergebnisoffen durchführten, und sie warne vor einer erneuten medialen politischen Stigmatisierung von Dresden und vier Millionen sächsischen Bürgern. Zugleich kritisierte er, dass die Fraktion GRÜNE es erneut nicht unterlassen habe, die noch unbekanntes Täter bereits politisch zu verorten. Nach Auffassung seiner Fraktion, so Valentin Lippmann, GRÜNE, sei der feige Anschlag auf eine Moschee nicht nur ein Anschlag auf ein Gebäude und die darin lebenden Menschen gewesen, sondern auf eine ganze Religion und damit auch ein Angriff auf die Freiheit der Republik und der pluralistischen Gesellschaft. Das gelte es entschieden zu verurteilen.



41. Sitzung des Sächsischen Landtags

Fotos: R. Deutscher

Uwe Nösner

Investitionen in Sachsens Zukunft

Abgeordnete diskutierten den Fortschrittsbericht 2015

Insgesamt, so Sven Liebhäuser, CDU, gehe es um 156 Milliarden Euro an Solidarpakt-II-Mitteln. Das seien die Mittel, die den neuen Ländern von 2005 bis 2019 zur Verfügung stünden. Anfangs habe Sachsen über 2,7 Milliarden Euro verfügen können. Im Jahr 2015 seien es noch reichlich 1,3 Milliarden Euro gewesen und die Abschmelzung dieser Mittel auf null stehe bis zum Jahr 2020 bevor. Als besonders positive Bilanz der zurückliegenden Jahre hob Liebhäuser die Arbeitslosenquote hervor. Diese habe 2015

// Ein Antrag der Fraktionen CDU und SPD zum Fortschrittsbericht Aufbau Ost des Freistaates Sachsen für das Jahr 2015 stand in der Aktuellen Stunde der 41. Sitzung des Sächsischen Landtags am 28. September 2016 zur Debatte. Dem nun veröffentlichten Bericht kann entnommen werden, dass in Sachsens Zukunft gut investiert worden ist, weil das Land die überwiesenen Bundesgelder optimal nutzt. //

bei 8,2 Prozent gelegen. Hier sei eine Halbierung im Vergleich zu 2006 erreicht worden, darauf könne Sachsen stolz sein. Aber der Angleichungsgrad gegenüber den westlichen Bundesländern liege auch gegenwärtig noch nicht einmal bei 80 Prozent. Der Fortschritts-

bericht zeige, dass Sachsen nach 26 Jahren deutscher Einheit zwar viele Erfolge zu feiern habe, aber auch weiterhin noch viel zu tun sei.

Gut regiert

Viele Indikatoren, so Mario Pecher, SPD, zeigten in Sachsen erfreulicherweise nach oben: Einwohnerzahlen, Arbeitsmarkt, Bruttoinlandsprodukt und Steuereinnahmen. Mit 2,5 Prozent habe Sachsen auch im 1. Halbjahr 2016 ein überdurchschnittliches Wachstum des Bruttoinlandsproduktes erreicht. Das sei gut für Sachsen und zeige natürlich auch, dass der Freistaat von der Koalition gut regiert werde. Dabei dürfe nicht übersehen werden, dass

// Sven Liebhäuser

// Sebastian Scheel

// Mario Pecher

// Dr. Frauke Petry

// Dr. Gerd Lippold





Die Sächsische Staatsregierung wird sich dafür einsetzen, dass die Investitionen auf hohem Niveau weiter fortgesetzt werden.

// Prof. Dr. Georg Unland

41. Sitzung des Sächsischen Landtags

Foto: R. Deutscher

bei den Kommunen Probleme bestünden. Die Möglichkeiten der Steuereinnahmen seien dort im Wesentlichen ausgereizt, was eine immer stärkere Abhängigkeit vom sächsischen Finanzausgleichsgesetz erzeuge. Darin werde eine der Herausforderungen des aktuellen und auch des nächsten Doppelhaushaltes bestehen.

Die Angleichung der Lebensverhältnisse an die in den alten Bundesländern zu erreichen bezeichnete Pecher als die Aufgabe der gegenwärtigen Koalition.

Stagnation

Dagegen vertrat Sebastian Scheel, DIE LINKE, die Auffassung, dass der Fortschritt seit Jahren stagniere. Was das Bruttoinlandsprodukt betreffe, so bewege sich Sachsen immer noch um die 70 Prozent. Das seien immer noch 30 Prozent Abstand zum Westen. Eine der Ursachen liege in der Kleinteiligkeit der ostdeutschen Wirtschaft. Im Osten arbeite jeder Zehnte in einem Unternehmen mit mehr als 1.000 Beschäftigten.

Im Westen sei das jeder Vierte. Ein gesellschaftliches Problem sei die fremdenfeindliche Einstellung, von der eine Gefahr auch für die wirtschaftliche Entwicklung der östlichen Bundesländer ausgehe. Bei Investitionen gehe es schließlich auch darum, der Gesellschaft die Möglichkeit zu geben, Zivilgesellschaft zu produzieren. Das Land brauche Investitionen in die Köpfe.

Falsche Entscheidungen

Wie Dr. Frauke Petry, AfD, feststellte, würden staatliche Aufgaben auch im Freistaat nicht in der Weise wahrgenommen, wie es sich die Bürger wünschten. Der Aufholprozess der ostdeutschen Länder, der in der Tat am Anfang eine steile Kurve beschrieben habe, sei in den vergangenen Jahren abgeflacht. Daran hätten auch wirtschaftliche und politische Entscheidungen

der Bundesregierung einen großen Anteil, wie die Russland-Sanktionen oder auch die Investitionsentscheidungen in der Landwirtschaft, die jetzt zu großen Problemen führten. Es sei davon auszugehen, dass dieser Aufholprozess in den künftigen Jahren wohl immer stärker zum Erliegen kommen werde. Ihre Fraktion werde wenigstens versuchen, im parlamentarischen Rahmen daran mitzuwirken, dass die Staatsregierung ihre Pflichtaufgaben zumindest bei Straßen und Schulen nicht aus den Augen verliere.

Keine Aussage

Dr. Gerd Lippold, GRÜNE, gab zu bedenken, dass es sich beim Fortschrittsbericht um einen Mittelverwendungsnachweis handle, der nicht automatisch auf gute Investitionen in Sachsens Zukunft schließen lasse. Die Beurteilung des jährlichen

Fortschritts beim Aufbau Ost erfolge primär auf der Grundlage rein haushalts- und finanzwirtschaftlicher Kennzahlen, womit noch lange keine qualifizierte Aussage zum Mitteleinsatz verbunden sei. Der Stabilitätsrat werde sich erst noch mit dem vorliegenden Bericht befassen müssen, und die Stellungnahme der Bundesregierung dürfte ebenfalls noch ausstehen. Was von dieser Seite her vorliege, sei die Stellungnahme des Beauftragten der Bundesregierung für die neuen Bundesländer im Jahresbericht zum Stand der Deutschen Einheit 2016, wonach sich der wirtschaftliche Aufholprozess in Ostdeutschland verlangsamt habe.

Solidarpakt endet

Abschließend rechnete Prof. Dr. Georg Unland, Staatsminister der Finanzen, vor, dass jeder Sachse aus dem Solidarpakt II umgerechnet über 10.000 Euro erhalte. Das sei keine Selbstverständlichkeit. Ohne diese Solidarpaktmittel wäre es nicht möglich gewesen, Sachsen in dieser Form wieder aufzubauen. Diese Mittel kämen vom Bund, von den westdeutschen Bundesländern und von der Europäischen Union. Allerdings gingen diese Zuwendungen zurück. Zum einen werde die zukünftige EU-Mittelausstattung deutlich niedriger sein, zum anderen werde der Solidarpakt II im Jahr 2019 enden. Die Sächsische Staatsregierung werde sich aber trotz dieser Umstände dafür einsetzen, dass die Investitionen auf hohem Niveau weiter fortgesetzt würden, um die Weiterentwicklung des Landes auch in den kommenden Jahren sicherzustellen.



www.publikationen.sachsen.de

Lehren aus Bautzen ziehen!

DIE LINKE: Integration »eventbetonter Jugendlicher« ist gescheitert

41. Sitzung des Sächsischen Landtags



// Lutz Richter // Fotos: R. Deutscher

Sachsen, so Lutz Richter, DIE LINKE, habe ein Naziproblem. Solange das nicht benannt werde, sondern dafür Begrifflichkeiten wie »besorgte Bürger« oder »eventbetonte Jugendliche« benutzt würden, werde dieses Problem nicht wirklich gelöst. Selbst wenn es in diesem Bundesland keinen einzigen Geflüchteten gäbe, bestünde hier trotzdem dieses Naziproblem, und das habe Ursachen. Die Szene hätte sich im Schatten von Verharmlosung, Untertreibung oder gar Leugnung hervorragend entwickeln können. Christian Hartmann, CDU, kritisierte DIE LINKE, die der Polizei Alltagsrassismus unterstelle. Das sei aber eine politische Nebelkerze. Die Beamten hätten in Bautzen gut und besonnen reagiert. Sachsen habe ein Problem mit Radikalismus sowohl von links als auch von rechts. Linksextremis-



// Christian Hartmann

// Auf Antrag der Fraktion DIE LINKE stand eine Aktuelle Debatte mit dem Titel »Integration »eventbetonter Jugendlicher« gescheitert – Gewalt darf nicht erfolgreich sein! Lehren aus den Vorfällen in Bautzen ziehen« am 28. September 2016 auf der Tagesordnung der 41. Sitzung des Landtags. In Bautzen war es zu Ausschreitungen zwischen Flüchtlingen und Rechtsextremen gekommen. //

tische Jugendliche in Leipzig machten sich einen Heiden Spaß daraus, den Süden der Stadt in ein Schlachtfeld zu verwandeln. Linken wie rechten Gewalttätern gelte es sich entschlossen entgegenzustellen.

Rechte Strategie

Henning Homann, SPD, erklärte die Vorfälle als Ergebnis einer rechten Strategie. In Bautzen versuchten Neonazis bewusst, mit gezielten Provokationen ein Klima von Angst zu schaffen. Nach der Eskalation hätten sie



// Henning Homann

sich dann darum bemüht, sich als Opfer darzustellen. Aber wer Rettungswagen mit Steinen bewerfe und Flüchtlinge durch die Stadt jage, der sei kein Opfer. Durch die Aktionen der Rechten werde eine ganze Stadt unter Generalverdacht gestellt. Beinahe täglich, so Sebastian Wippel, AfD, komme es in Bautzen seit Wochen zu

Streit und Gewalt. Kriminelle Ausländer müssten zwingend aus Deutschland abgeschoben werden. Seine Partei wolle weder gewaltbereite Ausländer integrieren noch linksextremistische Gewalttäter. Sie wolle aber auch nicht, dass Rechtsextremisten in Bautzen für sich beanspruchten, das Recht in die eigene Hand nehmen zu dürfen.

Integration für alle

Valentin Lippmann, GRÜNE, fordert dazu auf, aus der Hetzjagd von Bautzen Lehren zu ziehen und nicht nach Entschuldigungen für rassistische Vorfälle zu suchen. Auch die Debatten über das Image von Sachsen oder sächsischen Städten müssten einmal ein Ende haben. Wenn die Zeit und die Ressourcen, die jetzt wieder in Image-Debatten fließen, in den Kampf gegen die Ursachen des Image-Schadens gesteckt würden, wäre man weiter, anstatt sich permanent im Kreis zu drehen. Der Sächsische Ausländerbeauftragte Geert Mackenroth gab zu bedenken, dass Erfahrungen, aber auch

// Valentin Lippmann



// Sebastian Wippel

Wahlergebnisse in manchen Landkreisen eine stärkere Ausbreitung von Protestpotenzial und rechtsextremem Gedankengut zeigten als anderswo. Das gelte es sauber zu analysieren, um die entsprechenden Schlüsse zu ziehen. Das in Bautzen angewandte Modell eines Runden Tisches sei vor diesem regionalen Hintergrund eine richtige Strategie. Integration, so Petra Köpping, Staatsministerin für Gleichstellung und Integration, gelte nicht allein für Ausländer oder für Benachteiligte, sondern für alle. Im März dieses Jahres sei – um nur ein Beispiel zu nennen – ein Integrations-



// Geert Mackenroth

paket mit 34,4 Millionen Euro verabschiedet worden, das allen zugutekäme. Bei ihren Beschlüssen zur Integration habe die Staatsregierung immer die Mehrheitsgesellschaft im Blick.



41. Sitzung des Sächsischen Landtags

Foto: S. Giersch

// Einen Schwerpunkt der 41. Sitzung am 28. September 2016 bildete die zweite Beratung des Gesetzes zur Änderung des Gesetzes über die Rechtsstellung des Sächsischen Landesbeauftragten für die Unterlagen des Staatssicherheitsdienstes der ehemaligen DDR (Landesbeauftragtengesetz). Es war von den Fraktionen CDU, SPD und GRÜNE in den Landtag eingebracht worden. Der Landesbeauftragte ist mit dem Beschluss dieses Gesetzes direkt an den Sächsischen Landtag angehängt. Bislang war das Amt beim sächsischen Justizministerium angesiedelt. Die Arbeit des Stasibeauftragten bezieht sich künftig nicht mehr nur im engeren Sinne auf die Tätigkeit des Ministeriums für Staatssicherheit der DDR, sondern auch auf die SED-Diktatur und ihre Massenorganisationen. Das Amt des Landesbeauftragten wird von dem Schriftsteller Lutz Rathenow ausgeübt. Er war im März dieses Jahres vom Sächsischen Landtag für weitere fünf Jahre gewählt worden. //

Deutliche Aufwertung

Uwe Nösner

Martin Modschiedler, CDU, sieht in der Anbindung des Landesbeauftragten an den Landtag ein Zeichen, das ein Vierteljahrhundert nach der friedlichen Revolution von den Abgeordneten gesetzt wurde. Heute sei es gerade im Interesse der jungen Generation wichtig, die Aufarbeitung der Unterlagen des Staatssicherheitsdienstes umfassend, zeitgemäß und nachhaltig zu gestalten. Das werde mit diesem Gesetz erreicht. Hanka Kliese, SPD, lobte überdies die sachorientierte Überparteilichkeit, die das Thema verdiene und mit diesem Gesetz erhalte. Der Landtag werte den Landesbeauftragten und seine Tätigkeit auf. Er erweitere den Fokus

seiner Aufgaben. Die Funktionsweise des Machtapparates der SED, aber auch das Alltagsleben in der DDR müssten vor allem der jungen Generation nahegebracht werden.

Blick über Grenzen

Katja Meier, GRÜNE, bezeichnete es als passend, dass der Landtag das Landesbeauftragtengesetz kurz vor dem Tag der Deutschen Einheit novelliert habe. Es ermögliche einen Blick über die Grenzen der Stasi hinaus. Nur so lasse sich das Ausmaß systematischen Unrechts aufzeigen. Die Menschen müssten sich in der Geschichtsschreibung und Geschichtsdarstellung mit ihrer eigenen erlebten Geschichte wiederfinden. Dagegen gab Lutz Richter, DIE LINKE, zu bedenken, dass sich der Landesbeauftragte

Gesetz zur Änderung des Landesbeauftragtengesetzes beschlossen

nicht in der Situation befinde, Dokumentations- und Forschungsarbeit zu leisten. Den Bildungsauftrag erfüllten die Landeszentrale für politische Bildung und die Gedenkstätten. Das Hannah-Ahrendt-Institut erfülle, wie auch die Universitäten, einen Forschungs- und Bildungsauftrag. Damit entstehe die Gefahr von Doppelstrukturen und Überschneidungen mit anderen Einrichtungen.

Änderungsbedarf

Seine Fraktion, so Carsten Hütter, AfD, stimme dem Gesetzentwurf grundsätzlich zu, sehe aber zusätzlichen Änderungsbedarf, der in einem Änderungsantrag eingebracht worden sei. Zum einen sollte sich der Berichtszeitraum am Kalen-

derjahr orientieren und zum anderen einen Mindestinhalt definieren. Es sollte dokumentiert werden, wie viele Auskunftsanfragen an den Landesbeauftragten gestellt und wie viele davon beantwortet worden seien. Abschließend betonte Sebastian Gemkow, Staatsminister der Justiz, dass mit dem neuen Landesbeauftragtengesetz ein Zeichen gesetzt werde, dass die geleistete Aufklärungsarbeit keiner Befristung unterliege, sondern dauerhaft stattfinden müsse. Nur so sei gewährleistet, dass die Betroffenen Rehabilitation und gesellschaftliche Anerkennung erfahren und durch die Erinnerung an das geschehene Unrecht künftiges Unrecht verhindert werde.



42. Sitzung des Sächsischen Landtags

Fotos: S. Giersch

CDU und SPD: Sachsen ist die Wiege der friedlichen Revolution

Uwe Nösner

// Die Fraktionen von CDU und SPD beantragten eine Debatte, die unter dem Titel »Sachsen, Wiege der friedlichen Revolution: Freiheit und Einheit feiern – Brücken bauen« auf der Tagesordnung der 42. Sitzung des Sächsischen Landtags am 29. September 2016 gestanden hat. //

Die Brücken in die Zukunft, so Thomas Colditz, CDU, stünden auf einem guten Fundament. Wer aber das Fundament unseres Landes unterhöhle, vergehe sich an der Zukunft. Die übergroße Mehrheit der Menschen ticke ganz anders als die Chaoten, die zu Gewalt am Tag der Deutschen Einheit aufriefen. Dem fügte sein Fraktionskollege Georg-Ludwig von Breitenbuch hinzu, dass die-

ser Tag für seine Fraktion ein Tag der Freude und Dankbarkeit sei, der aus vollem Herzen gefeiert werde. Sachsen sei heute ein gleichberechtigtes Land im föderalen Deutschland. Die Demokratie sei geprägt von Dynamik, Verbesserungswillen, Vielfalt und Diskussion. Dank dieser Freiheit würden auch in schwierigen Zeiten kluge politische Entscheidungen getroffen.

Anlass zum Feiern

Für Hanka Kliese, SPD, seien 26 Jahre deutsche Einheit ein Anlass zum Feiern und für eine kritische Inventur. Sie sehe dem Tag mit Demut und Dankbarkeit entgegen. Dabei sei es ihr wichtig, dass nicht nur das Errungene gepriesen, sondern auch genau hingesehen werde, wo die deutsche Einheit ihre Ziele verfehlt habe. Nur so könne antidemokratischem Denken Einhalt geboten werden. Sie sehe die Demokratie nicht in akuter Gefahr. Die eigentliche Gefahr liege darin, dass sie zur Selbstverständlichkeit geworden sei. Sie freue sich, in einem Land zu leben, das Ja gesagt

habe zur Menschlichkeit im Umgang mit der Flüchtlingsbewegung. Es stimme sie aber nachdenklich, wenn sie sich etwa wegen Angriffen auf ihr Bürgerbüro Sorgen um ihre Mitarbeiter machen müsse.

Chancen verpasst

Die deutsche Einheit, so Sarah Buddeberg, DIE LINKE, sei keine Vereinigung auf Augenhöhe, keine Zusammenführung wie an den runden Tischen gewesen. Die Aufbruchsstimmung sei an vielen Stellen im Keim erstickt worden. Zwar sei sie froh, in Sachsen leben zu können, ohne sich zwischen zwei Systemen

// Thomas Colditz

// Sarah Buddeberg

// Hanka Kliese

// Jörg Urban

// Volkmar Zschocke





Nachteile aufgrund der politischen Gesinnung gehörten erneut zum Alltag. Auch junge Menschen und solche, die in der ehemaligen DDR groß geworden seien, merkten, dass dem Abbau von Demokratie und Freiheitsrechten nicht tatenlos zugeschaut werden dürfe.

entscheiden zu müssen. Dennoch sei die friedliche Revolution aus ihrer Sicht vor allem auch eine verpasste Chance. Wie ihr Fraktionskollege Rico Gebhardt feststellte, zweifelten viele Menschen daran, ob die derzeitige Gesellschaftsordnung noch in der Lage sei, die anstehenden Probleme zu meistern. Ob die Menschen an Kanzleraussagen wie »Wir schaffen das« oder über »blühende Landschaften« glaubten, hänge von ihren eigenen Verhältnissen ab. Die soziale Sicherheit der Menschen werde darüber entscheiden, ob es Freiheit und Einheit auch in Zukunft noch geben werde.

Parallelen

Heute, so Jörg Urban, AfD, demonstrierten wieder Bürger auf Straßen und Plätzen. Viele von ihnen fühlten sich an die DDR und die friedliche Revolution erinnert. Das Stasi-Spitzelsystem der SED-Genossen von damals und die heutige Überwachung der Bürger wiesen Parallelen auf. Es gebe Komplettüberwachung der E-Mail-

und Telefonkommunikation durch die NSA und andere Abhördienste sowie eine Bespitzelung der sozialen Netzwerke durch ehemalige Stasi-Mitarbeiter mit politischer Zielsetzung, eingerichtet durch den SPD-Genossen und Bundesjustizminister Maas. Berufliche

Vordemokratisches Klima

Eine politische Kultur, so Volkmar Zschocke, GRÜNE, in der die Opposition wirklich Triebkraft sei, habe sich in Sachsen seit der friedlichen Revolution nur unzureichend entwickeln können. Stattdessen sei ein von Stimmungen und Ängsten beherrschtes Klima entstanden, in dem differenzierte Diskussionen und Kompromissbildungen sich immer schwieriger gestalten.



Ich wünsche mir, dass die Verurteilung von Gewalt und Extremismus zum Vermächtnis der friedlichen Revolution von 1989 hinzutritt.

// Fritz Jaeckel

Populismus hätten Konjunktur. In diesem teilweise vordemokratischen Klima habe ein Bürgerprotest gedeihen können, bei dem es sich nicht um Opposition gegen die Regierenden handle, sondern der sich gegen die Institution der Demokratie selbst richte. Wer Freiheit und Demokratie feiern wolle, der müsse zugleich auch die Gefahren für Freiheit und Demokratie erkennen und diesen entschlossen entgegen-treten.

42. Sitzung des Sächsischen Landtags

Fotos: S. Giersch

Uwe Nösner

Förderung für Bahn und Bus

GRÜNE: Sachsen vergibt Chance auf ÖPNV-Offensive

42. Sitzung des Sächsischen Landtags

Die Staatsregierung, so Katja Meier, GRÜNE, sei gerade dabei, einen kapitalen Fehler zu begehen. Nachdem sie den Haushaltsentwurf für die Jahre 2017/18 vorgelegt habe, hätte der Bund entschieden, Sachsen jährlich 50,2 Millionen Euro zusätzlich an Mitteln zur Regionalisierung für den ÖPNV zur Verfügung zu stellen. In einer Ergänzungsvorlage zum Haushaltsentwurf habe die Staatsregierung jetzt vorgeschlagen, von den zusätzlichen 50,2 Millionen Euro 2017 nur 1,3 Millionen Euro bzw. 2018 nur 2,6 Millionen Euro an die Zweckverbände weiterzuleiten. Nach Auffassung von Andreas Nowak, CDU, bestehe durchaus Einigkeit über die zukunftsfähige Gestaltung des ÖPNV in Sachsen. Aber unorganisiert Gelder auszuschütten sei für seine Fraktion der falsche Weg. Vielmehr sei es vor dem Hintergrund geringer werdender Regionalisierungsmittel richtig, Vorsorge zu treffen und einen Fonds anzulegen, um längerfristig – und zwar für den Zeitraum von 2021 bis 2031 – Planungssicherheit für die Zweckverbände gewährleisten zu können.

// Auf der Tagesordnung der 42. Sitzung am 29. September 2016 stand auf Antrag der Fraktion GRÜNE eine Aktuelle Debatte zum öffentlichen Personennahverkehr (ÖPNV). Angesichts der großzügigen Bundesförderung für Bahn und Bus von zusätzlichen 50,2 Millionen Euro zuzüglich 1,8 Prozent jährlicher Dynamisierungsgarantie wirft die Fraktion der Staatsregierung vor, die Chance auf eine ÖPNV-Offensive zu vergeben. //

Massive Probleme

Marco Böhme, DIE LINKE, vertrat die Auffassung, dass wenigstens zwei Prozent mehr Regionalisierungsmittel jährlich gebraucht würden, um den ÖPNV in Gang zu halten. Stattdessen sei den Zweckverbänden jetzt eine Garantie von lediglich 1,8 Prozent bis 2030 gegeben worden. Zweckverbände, die im ländlichen Raum, etwa im Vogtland oder in der Lausitz, für wenige Einwohner viele Streckenkilometer bedienen müssten, hätten massive Probleme. Denen reichten diese Prozente nicht. Dagegen bewertete Thomas Baum, SPD, die zusätzlichen 50,2 Millionen Euro zuzüglich 1,8 Prozent Dynamisierung für den ÖPNV in Sachsen als einen großen Verhandlungserfolg der

Schwerpunkte setzen

Wie Silke Grimm, AfD, feststellte, stünden nicht mehr ausreichend Mittel für eine »großzügige Offensive« zur Verfügung, nachdem die Bundesförderung für den ÖPNV zugunsten der Finanzierung der Asylkrise gekürzt worden sei. Die Fraktion GRÜNE wolle aber weiterhin die Bundesförderung mit der Gießkanne verteilen. Ihre Fraktion setze dagegen Schwerpunkte wie Planungs- und Finanzierungssicherheit sowie die Verringerung der Trassenpreise und Stationsentgelte der Deutschen Bahn. Abschließend legte Martin Dulig, Staatsminister für Wirtschaft, Arbeit und Verkehr, den Abgeordneten nahe, sich den gesamten Zeitraum anzusehen, an dessen Ende die Finanzierung der Zweckverbände bei 90 Prozent liegen werde. Gerechnet auf die Jahre bis 2031, werde die Staatsregierung im Durchschnitt 82,6 Prozent an die Zweckverbände weiterreichen. Die einfache Jahrescheibe zu nehmen und Prozentrechnung zu betreiben, werde der Umstellung des Systems nicht gerecht.



// Katja Meier // Fotos: S. Giersch

Sächsischen Staatsregierung. Für die damit verbundene Planungssicherheit werde jedoch eine Rücklage benötigt und jetzt auch gebildet. Dieses Geld bleibe im System des ÖPNV. Damit könnten den Aufgabenträgern bis zum Jahr 2031 insgesamt steigende Zuweisungen in Aussicht gestellt werden.



Feierstunde zum 26. Tag der Deutschen Einheit am 3. Oktober 2016 in Dresden

Seit 1991 führt der Sächsische Landtag jedes Jahr am Tag der Deutschen Einheit eine Festveranstaltung durch. An ihr nehmen traditionell neben Persönlichkeiten des öffentlichen Lebens auch zahlreiche Bürgerinnen und Bürger teil. Da 2016 der Freistaat Sachsen die zentralen Feierlichkeiten zum Tag der Deutschen Einheit ausrichtete, passte der Landtag seine Tradition an und übertrug den großen Festakt aus der Sempersaal in den Plenarsaal.

Die über 200 Gäste im Plenarsaal des Sächsischen Landtags erlebten zusammen mit Landtagspräsident Dr. Matthias Rößler einen würdigen Festakt – interessant, unterhaltsam, aber auch nachdenklich stimmend. Die Dresdner Staatskapelle spielte Johann Sebastian Bach, der Kreuzchor sang, Philipp Lux vom Ensemble des Staatsschauspiels Dresden rezitierte Gotthold Ephraim Lessings Ringparabel, von Barockmusik eingerahmt verschmolzen Ballett und Breakdance. Es präsentierte sich selbstbewusst das klassische wie das moderne Kulturland Sachsen.

»In Einigkeit und



// Stanislaw Tillich // Fotos: M. Rietschel

Stanislaw Tillich: Bauen wir Brücken, wo Gräben entstanden sind

Der Präsident des Bundesrates und sächsische Ministerpräsident Stanislaw Tillich griff in seiner Festansprache einen zentralen Gedanken der Ringparabel auf: Vielfalt ist gut. Jedoch zeige sich derzeit, »dass nicht wenige Landsleute davon



// Prof. Dr. Norbert Lammert

entweder nichts wissen oder nichts wissen wollen«. Das gelte für Fremdenfeinde ebenso wie für Extremisten, die gegen Andersdenkende hetzen oder den Staat und seine Vertreter angriffen. Im Unterschied zur Diktatur habe man heute zwar »das Recht und die Freiheit, zu denken und zu sagen«, was man wolle. Dennoch, so Tillich, liege in dieser Freiheit auch die Verantwortung,

»mit Worten keine Grenzen zu überschreiten, keine Menschen und Gesetze zu verletzen«. Beschämt erlebe er jedoch, »dass Worte die Lunte legen können: Für Hass und Gewalt. Wer so spricht, wer so handelt – der soll gerade an unserem Nationalfeiertag wissen: Das ist menschenverachtend und zutiefst unpatriotisch.«

Stanislaw Tillich appellierte, dem grassierenden Populismus eine »neue Freude auf die Zukunft« entgegenzusetzen. Schließlich stehe Deutschland heute »gut da«, seinen Menschen gehe es »so gut wie noch nie«. In Sachsen habe sich auch Dank innerdeutscher Solidarität und europäischer Förderung vieles zum Guten verändert. Umso mehr war er sich mit Blick auf Migration und Globalisierung sicher: »Die großen Aufgaben treffen uns nicht in einer Zeit der Schwäche, sondern in einer Zeit der Stärke. Und die Ent-



Foto: S. Giersch

Dr. Thomas Schubert

Recht und Freiheit«

wicklungen erschüttern unser Land nicht in seinen Grundfesten. Sie bieten mehr Chancen als Risiken.« Die »Verantwortung für Deutschland« liege dabei »in unser aller Hände«.

Norbert Lammert: Mehr Selbstbewusstsein und Optimismus

Das hob auch Bundestagspräsident Prof. Dr. Norbert Lammert mit Blick auf das Jahr 1990 in aller Klarheit hervor. »Wir Deutsche haben damals eine neue Chance bekommen und wir haben sie genutzt – mit kräftiger Unterstützung unserer Nachbarn und Freunde. Wir haben Brücken gebaut, im Innern und nach außen. Wir, Sie alle haben das Land gestaltet im Bewusstsein unserer ganz besonderen deutschen Geschichte.« Jede Nationalgeschichte, so auch Deutschlands, sei »die Summe der vielen



// Dr. Matthias Röbler // Foto: S. Giersch

persönlichen Geschichten von Menschen, die meist unbeobachtet bleiben oder schnell vergessen werden«. Sie werde vom Volk gestaltet und sie wandle sich auch, weil das Volk sich verändere. Es sei daher »dem deutschen Volke selbst aufgeben, nach einer zeitgemäßen Bestimmung dessen zu suchen, was Deutschland im 21. Jahrhundert sein will«.

Wie schon sein Vorredner, betonte Norbert Lammert, dass die notwendige Auseinandersetzung darüber »den Mindestansprüchen unserer Zivilisation genügen, Respekt und Toleranz üben und die Freiheit der Meinung, der Rede, der Religion wahren und den Rechtsstaat achten« müsse. Er nahm damit auch auf all jene Menschen Bezug, die am 3. Oktober in Dres-

den Politiker, Gäste sowie die zum Festakt eingeladenen Bürger, darunter viele ehrenamtlich Engagierte, rüde beschimpften.

Anders »als die Deutschen über Jahrhunderte ihrer Geschichte«, seien wir »in der glücklichen Lage, die Einheit, die wir heute feiern, gestalten zu können«. Aus dem langhin gehegten Wunsch nach »Einigkeit und Recht und Freiheit« sei nun Realität geworden. »Wir leben in staatlicher Einheit, in Recht und Freiheit. Wir leben in Frieden mit unseren Nachbarn. Deutschland ist ein demokratischer Staat. Sicher nicht perfekt, aber ganz gewiss in besserer Verfassung als jemals zuvor.« Gewürzt mit einem Schuss Selbstironie bekräftigte Lammert daher abschließend: »Wir können und dürfen durchaus etwas mehr Selbstbewusstsein und Optimismus zeigen«, uns »auch eine kleine Dosis Zufriedenheit erlauben, wenn nicht sogar ein leichtes Glücksgefühl. Denn wir sind ein Volk. Wir leben jetzt so zusammen, wie es ganze Generationen vor uns nur träumen konnten: In Einigkeit und Recht und Freiheit.«



Fotos: S. Floß

Der Tag der offenen Tür am 2. Oktober 2016

Hans-Peter Maier

Unterhaltung aus Löbau und politische Gespräche im Plenarsaal

// Im Rahmen der Feierlichkeiten zum Tag der Deutschen Einheit, die in diesem Jahr mit einem dreitägigen Bürgerfest (1.–3. Oktober 2016) begangen wurden, bot der Bernhard-von-Lindenauplatz durch die Angebote besonders zum Thema »fit durch Sport« eine Menge Information, interaktive Unterhaltung und Spaß für alle Altersgruppen. Das Landtagsgebäude war an allen drei Tagen geöffnet. Der »Tag der offenen Tür«, an dem sich traditionsgemäß die Stadt präsentierte, die im Folgejahr den Tag der Sachsen ausrichtet (also Löbau), fand am 2. Oktober statt. //

Pünktlich um 11 Uhr am Samstag, dem 1. Oktober, eröffnete der Präsident des Sächsischen Landtags, Dr. Matthias Rößler, zusammen mit dem Geschäftsführer der BARMER GEK, Frank Kebbekus, auf deren Bühne das Bürgerfest. Im anschließenden Rundgang waren Übungen am »T-Wall«, an der Tischtennisplatte mit dem Goldmedaillengewinner der Paralympics in Peking und London und ein Torwandschießen eingeschlossen.

Bei der Eröffnung des »Tags der offenen Tür« im Plenarsaal um 11 Uhr am Sonntag, dem 2. Oktober, nannte Dr. Rößler

das zu erwartende Programm der Stadt Löbau ein gelungenes Potpourri dessen, was ihre Vereine zu leisten in der Lage seien. Es sei eine geliebte Tradition, am Tag der offenen Tür im Sächsischen Landtag die Stadt kennenlernen zu können, die im kommenden Jahr den Tag der Sachsen ausrichten werde. Rößler brach eine Lanze für die Freiwilligen Feuerwehren (FFW) des Freistaates und deren aufopferndes Engagement. Sie seien würdig vertreten durch die FFW Ebersdorf, die den Tag im Plenarsaal mit Schwung eröffnete.

Hohe Kunst

Es folgte durchaus Erstaunliches: Der »Tanzsportverein Löbau« zeigte Showtanz in Perfektion. Die frischgebackene Leiterin Caroline Hänsel hatte erst vor wenigen Wochen das in fast vier Dekaden geschmiedete Zepter ihrer Vorgängerin Ramona Kunze übernommen und war sichtlich unwillig, sich die nun per Applaus überbrachten Lorbeeren als die ihren anzuhelfen.

Franz Eichler ist Rentner und noch immer verantwortlich für die »Oberlausitzer Artistik-

show«. Am 2. Oktober erinnerte er sich an drei Besuche im japanischen Hokkaido. Das sei lange her und seitdem habe sich viel »noch mehr zum Guten« getan. Abgerundet wurde ein unterhaltsamer und künstlerisch auf sehr hohem Niveau gestalteter Nachmittag durch »Die Oberlauser« – ein Kabarett mit »Biss und Ironie und Sarkasmus, aber ohne Verletzendes« – und »Anne Großhäuser und die Band D.Time«. Die vier Musiker zeigten eine große Virtuosität in verschiedenen Genres, von Volksmusik über Pop bis Rock 'n' Roll. Für ein paar Augenblicke konnte man glauben, Joe Cocker sei auferstanden und habe sich kurz im Plenarsaal des Sächsischen Landtags eingerichtet.

Was bleibt, ist ein großes Dankeschön an alle Beteiligten und die Gewissheit, dass aus

künstlerischer Sicht der Tag der Sachsen in Löbau eine Erfolgsgeschichte werden wird.

Drei Diskussionsrunden

Eingebettet in die Unterhaltung des Nachmittags waren erstmalig Diskussionsrunden mit Vertretern aller Fraktionen. Die fünf

kein Widerspruch. Moderatorin Alexandra Gerlach fasste zusammen: Man habe keinen Dissens darüber, dass dringend reagiert werden müsse; über das »Wie« indes schon. Die für die notwendige Sanierung der Polizei (Stellen, Ausrüstung, Fort- und Weiterbildung) aufzubringenden Mittel von rund 300 Millionen Euro müssten

den »erst gar nicht weiterkommen«. Jörg Kiesewetter (CDU) erklärte, Deutschland sei auf einem guten Weg, André Barth (AfD) unterstellte, in den Aufanglagern würde zu wenig geprüft, Mirko Schultze (LINKE) forderte eine europäische Lösung und Petra Zais (GRÜNE) mahnte einen schnelleren Zugang der Asylbewerber in den

Parlamentarier Nico Brünler (LINKE), Alexander Dierks (CDU), Henning Homann (SPD), Dr. Kirsten Muster (AfD) und Volkmar Zschocke (GRÜNE) formten sich quasi zu einer Fraktion der Unzufriedenen: »Wir alle sind nicht zufrieden mit der Politik, die uns in einem schönen Land Lehrermangel, zu große Klassen, zu wenig Mittel



im Sächsischen Landtag vertretenen Fraktionen (CDU, LINKE, SPD, AfD und GRÜNE) hatten sich zuvor auf drei Themen – also auch drei Gesprächsrunden – in dieser Reihenfolge geeinigt:

- »Sicherheit, Stabilität, Ordnung – Starker Freistaat Sachsen«;
- »Asyl, Integration, Rückführung – Wie reagieren wir auf die Flüchtlingskrise?«
- »Bildung, Arbeit, Lebensqualität – Zukunft in Sachsen«

Sanierung notwendig

Wir haben »zu viele Stellen, zu lange« abgebaut, resümierte Albrecht Pallas (SPD). Von seinen Kollegen Valentin Lippmann (GRÜNE), Enrico Stange (LINKE), Sebastian Wippel (AfD) und Christian Hartmann (CDU) kam

»mit Weitsicht« verausgabt werden. Auch hier herrsche Konsens. Am Ende gab es noch Philosophisches darüber, was ein »starker« Staat sei, nämlich ein funktionierender, ein handlungsorientierter, ein umsetzungsfreudiger und –fähiger und schließlich ein konsequenter. Sachsen erfülle all diese Kriterien deutlich.

Zu wenig geprüft?

Von Konsens war in der zweiten Runde nicht viel zu erkennen. Die Staatsministerin für Gleichstellung und Integration, Petra Köpping (SPD), umriss zu Beginn das Verfahren: Flüchtlinge kämen in zentrale Auffanglager, würden geprüft und dann würden jene in die Kommunen weitergegeben, die Aussicht auf Asyl hätten. Alle anderen wür-

Arbeitsmarkt an. Das Angebot an das Publikum, Fragen zu stellen, förderte weitere Kritikpunkte zutage. Es war der umsichtigen Moderation des Sächsischen Ausländerbeauftragten, Geert Mackenroth, zu verdanken, dass die Diskussion von persönlichen Attacken freigehalten wurde. Alle waren sich dann aber doch darin einig, dass ein demokratischer Staat wie Deutschland diese durch die Flüchtlingsströme virulent gewordene Herausforderung bestehen werde.

Schönes Land – kein Geld?

Im dritten Panel, wieder moderiert von Alexandra Gerlach, gewahrten die zahlreichen Zuhörer im Plenarsaal eine seltene Konstellation: Die angetretenen

und Abwanderung gut ausgebildeter Pädagogen beschert hat!« Es sei unter anderem dem Finanzminister anzutragen, dass die vorherrschende Logik, zehn Prozent weniger Schüler rechtfertigten auch zehn Prozent weniger Ausgaben, als Unsinn entlarvt werden müsse.

Im Rückblick wird klar, das Format ist zur Weiterführung empfohlen. Der Dank geht an Alexandra Gerlach und Geert Mackenroth, die durch eine professionelle und emphatische Moderation in 45 Minuten eine Fülle von Argumenten gesammelt haben und von Politikern wie Besuchern erörtern ließen. Der Dialog zwischen Abgeordneten und Besuchern – auch am Tag der offenen Tür – kann fortgesetzt werden.

Dr. Thomas Schubert

»Miteinander in Mitteleuropa«

Konferenz des Forums Mitteleuropa beim Sächsischen Landtag



Das imposante Gebäude der Ungarischen Nationalversammlung, am Ostufer der Donau im Budapester Stadtteil Pest gelegen, bot dem diesjährigen Forum Mitteleuropa eine außerordentliche Kulisse für seine Jahreskonferenz. Auf Einladung des Präsidenten der Ungarischen Nationalversammlung, Dr. László Kövér, trafen sich

// Am 23. September 2016 kamen in der Ungarischen Nationalversammlung in Budapest Wissenschaftler, Politiker und Vertreter der Bürgergesellschaft aus ganz Mitteleuropa zum Meinungsaustausch zusammen. Die diesjährige Konferenz des Forums Mitteleuropa beim Sächsischen Landtag stand unter dem Motto »Miteinander in Mitteleuropa: gestern, heute, morgen«. //

Gäste und Teilnehmer aus Sachsen, Polen, Tschechien, Österreich, der Slowakei und Ungarn, um über das Miteinander in Mitteleuropa zu diskutieren.

Nur wenige Tage nach dem Gipfel von Bratislava, auf dem sich die Staats- und Regierungschefs der verbleibenden 27 EU-Staaten auf eine gemeinsame Erklärung und eine »Roadmap« für Europa geeinigt hatten, war jedem klar, dass es kein leichtes Unterfangen sein würde, das »Miteinander in Mitteleuropa« zu identifizieren. Schließlich hatte sich die europäische Staatengemeinschaft in der Flüchtlings- und Migrationskrise zuletzt regelrecht entzweit.



// Dr. Matthias Rößler

Das Verbindende betonen

Umso wichtiger sei es in einer solchen Zeit, befand der Präsident des Sächsischen Landtags, Dr. Matthias Rößler, in seiner Eröffnungsansprache, »nicht das Trennende in den Vordergrund zu stellen«, sondern





sprache gestellt. Zunächst verwies er auf die starke mitteleuropäische Identität mit ihren christlichen Wurzeln, um dann deren Gefährdung durch eine unkontrollierte, massenhafte Migration zu betonen. Mitteleuropa dürfe sich jedoch nicht von außen schwächen lassen und zum Spielfeld von geopoliti-

sowjetischen Militärintervention. In den gescheiterten Erhebungen gegen die kommunistischen Diktaturen liege nicht nur ein »moralischer Sieg der Freiheit«. Auch basiere die »Kettenreaktion des Widerstands« ab 1987 – und ihr Erfolg 1989 – auf dem zuvor entstandenen gemeinsamen Bewusstsein der

effektive Bekämpfung der Fluchtursachen in den Herkunftsländern. Um ihre Selbstbestimmung zu sichern, ohne die nationale Vielfalt zu zerstören, müsse die EU »Souveränität auf europäischer Ebene herstellen«, aber nicht gegen die europäischen Gesellschaften.



// Dr. László Kövér

»das Verbindende zu betonen«. Die strittigen Themen dürften »die Gemeinsamkeiten und das zusammen Erreichte« nicht verdrängen. Das gelte für die einstigen »Freiheitskämpfe gegen die kommunistischen Regime«, wobei die »Selbstbefreiung« der Menschen heute Teil einer gemeinsamen mitteleuropäischen Identität sei. Es gelte ferner mit Blick auf »neue Risse in Europas Mitte«, sich auf gemeinsame Interessen zu verständigen, »die uns zusammenhalten«. »Riskante Sonderwege« seien im Zuge der Migrations- und Flüchtlingskrise beschritten worden, von Deutschland »mit seiner arglosen Politik der offenen Tür« ebenso wie von den Ländern, die eine »gemeinsame europäische Flüchtlingspolitik« rigide ablehnten. Diese Sonderwege gefährdeten heute das Miteinander.

Zuvor hatte der Präsident der Ungarischen Nationalversammlung, Dr. László Kövér, diesen Aspekt ins Zentrum seiner An-



Fotos: Z. Pető, Hungarian Parliament Press

tischen Interessen werden, das lehre nicht zuletzt die Geschichte.

Miteinander damals und heute

In einem ersten Themenblock widmete sich die Konferenz den Freiheitsrevolutionen und ihrem aktuellen Vermächtnis in Mitteleuropa. Der österreichische Historiker Prof. Dr. Michael Gehler rekapitulierte dazu in seinem Vortrag über den Ungarnaufstand 1956 den Ablauf der einstigen Volkserhebung und die Ursachen der

Bürgergesellschaften in Mitteleuropa, sich gegen Unterdrückung behaupten zu müssen.

Das zweite Thema der Konferenz, die gegenwärtigen Interessen und ihre künftigen Auswirkungen auf das Vertrauen in Mitteleuropa, leitete Prof. Dr. Ludger Kühnhardt mit einem Appell ein, »die Europäische Union neu zu begründen«. Dazu sei ein »substanzielles Nachdenken über Europas Rolle in der Welt« notwendig. Die EU müsse »die richtigen Lehren aus dem Krisendesaster des Jahres 2015« ziehen, d. h. eine gemeinsame Grenzsicherung ebenso etablieren wie eine

In den sich jeweils an die Impulsvorträge anschließenden Podiumsdiskussionen erörterten internationale Experten Fragen des Miteinanders, warfen aber auch ein Licht auf Trennendes und auf Konflikte in Mitteleuropa. Das Verbindende der einstigen Freiheitsrevolutionen stand ebenso zur Debatte wie die heutige Rolle Mitteleuropas in der Europäischen Union.

Wie immer wird eine Anfang 2017 erscheinende Broschüre alle Reden und Diskussionen dokumentieren.



// Im Gespräch mit dem Europaabgeordneten Herbert Reul // Foto: Sächsische Staatskanzlei

Thomas Starke

Sächsischer Landtag eröffnet

// Sachsens Abgeordnete rücken näher an die Gremien der Europäischen Union. Landtagspräsident Dr. Matthias Röbner hat am 7. September 2016 das Verbindungsbüro des Parlaments in Brüssel offiziell eröffnet. Damit unternimmt der Landtag einen wichtigen Schritt, um auf Entscheidungen der europäischen Ebene besser einwirken zu können. //

Inzwischen beeinflusst das EU-Recht einen erheblichen Teil der deutschen Gesetze. Umso wichtiger ist es für den Sächsi-

schen Landtag, frühzeitig über wichtige Vorhaben in Brüssel informiert zu werden, um – wenn nötig – Einfluss auf die

Gesetzgebung der EU zu nehmen. Schließlich sind die Länder die zentralen Akteure, wenn es um die Umsetzung europäischen Rechts geht. Und es ist vor allem die regionale Ebene, auf der die europäische Integration den Bürgern nähergebracht wird.

Das neu eingerichtete Verbindungsbüro, das mit einem

// Landtagspräsident Dr. Matthias Röbner und der Direktor beim Sächsischen Landtag, Dr. Christopher Metz, vor dem Berlaymont-Gebäude (Sitz der Europäischen Kommission) // Fotos: T. Starke



// Im Sitzungssaal der Kommission

Juristen besetzt ist, berichtet dem Präsidenten und dem Europaausschuss des Landtags über aktuelle Themen der europäischen Politik, die für Sachsen von Bedeutung sein können, versorgt das Parlament mit Informationen zu Gesetzgebungsvorhaben der EU und betreut die Abgeordneten bei ihren Arbeitsbesuchen in Brüssel.

Subsidiarität und Verhältnismäßigkeit



Nach dem Subsidiaritätsprinzip wird die Europäische Union in den Bereichen, die nicht in ihre ausschließliche Zuständigkeit fallen, nur tätig, wenn die angestrebten Maßnahmen von den Mitgliedsstaaten nicht ausreichend verwirklicht werden können, sondern wegen ihres Umfangs oder ihrer Wirkungen auf EU-Ebene besser zu verwirklichen sind. Nach dem Grundsatz der Verhältnismäßigkeit gehen die Maßnah-

men der EU inhaltlich wie formal nicht über das erforderliche Maß hinaus. Um die Beachtung dieser beiden Prinzipien sicherzustellen, sieht ein Subsidiaritäts-Frühwarnsystem eine Konsultation der nationalen Parlamente, d. h. in Deutschland auch des Bundesrates, vor. Die Sächsische Staatsregierung gibt dem Landtag Gelegenheit zur Stellungnahme, bevor sie über die Stimmabgabe im Bundesrat entscheidet.

Der Sächsische Landtag ist das achte deutsche Landesparlament, das ein solches Büro eingerichtet hat. Bei einem Empfang anlässlich seiner Eröffnung unterstrich Landtagspräsident Dr. Rößler: »Wir

wolle. »Uns geht es dabei neben Informationen über europapolitische Entwicklungen vor allem um die Wahrung landesgesetzgeberischer Interessen und Spielräume, um die Abwehr ungerechtfertigter Eingriffe und

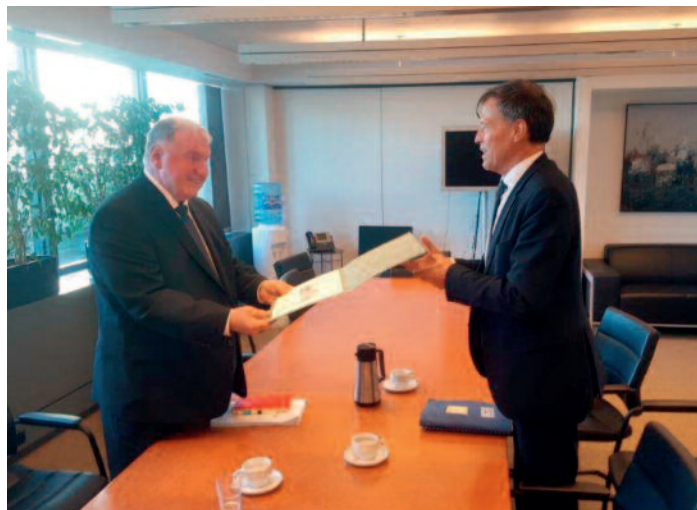
konzentrieren und in ihrem eigenen Interesse dabei den Grundsätzen der Subsidiarität und Verhältnismäßigkeit folgen. Der Mehrwert einer europäischen Regelung gegenüber nationalen oder regionalen Lösungen muss klar ersichtlich sein.« Deshalb wolle der Sächsische Landtag die Möglichkeiten, die der Lissabonner Vertrag den regionalen Parlamenten bei der europäischen Politikgestaltung und Rechtsetzung bietet, stärker als bisher nutzen – als eine Art »Integrationswächter«. Ebenso wichtig sei aber auch ein produktiver Dialog mit den Organen der EU. In seinem Grußwort würdigte der Vizepräsident des Europäischen Parlaments, Rainer Wieland, die Bedeutung, die der Sächsische Landtag der

fenster für ihre Heimat und »Trüffelschwein«, das wichtige Informationen aufspürt.« Im Rahmen seines Besuchs traf Landtagspräsident Dr. Rößler auch mit EU-Kommissar Günther Oettinger zusammen, um sich mit ihm über die Einflussmöglichkeiten der Landesparlamente auf die Politik der Europäischen Union auszutauschen. A und O seien dabei dem Kommissar zufolge regelmäßige Gespräche mit Rat, Kommission und Parlament in Brüssel. »Ihre Präsenz vor Ort unterstreicht die Besonderheit der Stellung der Bundesländer im föderalen System der Bundesrepublik Deutschland und damit in Europa. Wenn Sie regelmäßig nach Brüssel kommen, werden Sie hier auch ernst genommen«, ermutigte Oettinger.

Verbindungsbüro in Brüssel

bringen uns aktiv in die europäische Politik ein – engagiert, manchmal kritisch, aber immer konstruktiv«. Nationale beziehungsweise regionale Identität und europäische Integration seien keine Gegensätze, wenn sie klug austariert würden. Dies setze aber einen seriösen Dialog zwischen Brüssel und den Regionen voraus, den der Sächsische Landtag künftig stärker führen

// Dr. Matthias Rößler mit EU-Kommissar Günther Oettinger



// Karl-Heinz Lambertz und Dr. Matthias Rößler

Einschränkungen sowie um einen produktiven Dialog.« Besonders betonte Rößler die vertraglich verankerten »Spielregeln« für ein Tätigwerden der EU: »Ich bin mir sicher: Das Ziel eines »immer engeren Zusammenschlusses der europäischen Völker« wird von den Bürgern nur dann mitgetragen, wenn sich die europäischen Institutionen auf das Wesentliche

Europapolitik beimesse. Zugleich betonte er die Offenheit der europäischen Institutionen für politische Impulse aus den Regionen. Dabei käme Einrichtungen wie dem Verbindungsbüro des Sächsischen Landtags eine Schlüsselstellung zu: »Sie müssen Lautsprecher sein für die Anliegen von zu Hause, Mikrofon für die Botschaften aus Brüssel in die Regionen, Schau-

Der Erste Vizepräsident des Ausschusses der Regionen der EU, Karl-Heinz Lambertz, riet dem Landtag zu einer frühzeitigen Intervention in Entscheidungsprozessen der EU. Wichtige Weichenstellungen würden bereits in der sogenannten prä-legislativen Phase getroffen, noch bevor die Kommission ihren Entwurf für eine Richtlinie oder eine Verordnung vorstellt. Außerdem sei eine Zusammenarbeit mit den zuständigen Berichterstattern im Europäischen Parlament ratsam, um sächsische Interessen wirkungsvoll zu vertreten. Dabei dürfe nicht eine Ebene in Europa gegen eine andere ausgespielt werden. Vielmehr müsse jede Ebene ihrer eigenen Rolle gerecht werden. Am Ende komme es auf das Funktionieren des Gesamtsystems an. Die Aufgabe des Ausschusses der Regionen sei es, die regionale und kommunale Sicht gebündelt in das Gesetzgebungsverfahren der EU einzubringen.



Foto: Sächsischer Landtag, K. Ciesluk

Belarussische Delegation im Landtag

Thomas Baum (SPD), Vizepräsident des Parlamentarischen Forum: »Wie beim ersten Teil des Austausches, bei unserem Besuch in Belarus, geht es uns darum, voneinander kennenzulernen, wie unsere Politik mit aktuellen Herausforderungen umgeht.«

Auf dem Programm stand ein Besuch der Sitzung des Ausschusses für Umwelt und Landwirtschaft. Dessen Vorsitzender Sebastian Fischer (CDU) erklärte: »In der Diskussion hat sich gezeigt, dass der landwirt-

// Am 15. September 2016 besuchten Vertreter der belarussischen Zivilgesellschaft den Sächsischen Landtag. Die Gruppe reiste nach Gesprächen in Bundesministerien an. Es handelte sich um den zweiten Teil eines Dialogprogramms des überparteilichen Parlamentarischen Forum Mittel- und Osteuropa e. V. und des Konrad-Adenauer-Stiftung e. V. //

schaftliche Sektor ein für Belarus wichtiger Aspekt ist und die Gäste sich sehr für die Transformationsprozesse in Sachsen in den 90er-Jahren interessieren.«

Es schlossen sich Gespräche mit Abgeordneten mehrerer

Fraktionen, mit Andrea Dombois, der Vizepräsidentin des Sächsischen Landtags, sowie eine Führung durch den Sächsischen Landtag an.

Alexander Levanowitsch, Abteilungsleiter im Außenmi-

nisterium der Republik Belarus: »Wir bedanken uns für die Gastfreundschaft im Freistaat Sachsen. Im Sächsischen Landtag haben wir viel über die Funktionsweise des Landesparlaments erfahren und viele Gespräche mit Abgeordneten geführt.«

In den darauffolgenden Tagen schlossen sich weitere Programmpunkte in Chemnitz und Leipzig an. Abschließend zeigten sich die belarussische und die sächsische Seite bereit, den Dialog weiter fortzusetzen.

Besuch: Botschafter von Portugal und Namibia zu Gast im Sächsischen Landtag



Fotos: R. Deutscher



Gleich zwei Botschafter statteten Landtagspräsident Dr. Matthias Röbner am 5. September 2016 ihre Antrittsbesuche ab. Zunächst kam Dr. Röbner mit S. E. João Mira Gomes, seit Herbst 2015 Botschafter der Republik Portugal in Deutschland, zusammen. Bei dem Gespräch im Ständehaus ging es um den Handelsaustausch und die Frage, wie die Handelsbeziehungen Portugals insbesondere mit Sachsen ausgebaut werden können. Thematisiert wurde zudem die Entwicklung des Tourismus. Anschließend empfing Landtagspräsident Dr. Matthias Röbner den Botschafter von Namibia, S. E. Andreas Guibeb. Bei dem Treffen tauschten sich die Gesprächspartner über die Beziehungen beider Länder aus. Die bereits zur TU Bergakademie Freiberg bestehenden Beziehungen Namibias sollen besonders hinsichtlich der Bereiche Wasserbau und Meerwasserentsalzung intensiviert werden, sagte der Landtagspräsident im Anschluss an das Treffen.



Katja Ciesluk, Paul Günther

Foto: O. Killig

Sächsische Meister und Schüler im Landtag

Ausstellung mit Werken der Kunsthochschulen Dresden, Leipzig und Schneeberg

// Vom 13. Juli bis zum 16. September 2016 gastierte die Ausstellung »Meister//Schüler« mit Arbeiten aus der Sammlung des Kunstfonds der Staatlichen Kunstsammlungen Dresden im Bürgerfoyer des Sächsischen Landtags. An 40 Werken zeigte die Ausstellung die unterschiedlichen Stilrichtungen und Traditionslinien, die von den Kunsthochschulen in Sachsen über viele Jahre hinweg entwickelt wurden. //

Landtagsvizepräsidentin Andrea Dombois, Hilke Wagner, Direktorin des Albertinum, sowie Simone Fleischer, Leiterin des Kunstfonds, Staatliche Sammlungen Dresden, eröffneten die Schau am 12. Juli vor zahlreichen Gästen mit einer Vernissage.

Charakteristische Traditionslinien

An den Kunsthochschulen in Sachsen haben sich durch spezielle Ausrichtung und durch wichtige, überregional bedeutende Lehrerpersönlichkeiten charakteristische Traditionslinien und Handschriften entwickelt, die bis in die Gegenwart hinein sichtbar sind. Dies zeigte die Ausstellung anhand einiger Schlaglichter – zu sehen waren Werke von 21 Künstlern – eindrucksvoll.

Beim Gang durch die Ausstellung war eine klare Gliederung der Hochschulen und ihrer Spezialgebiete zu erkennen. Während bei der Dresdner Hochschule für Bildende Künste die Maltradition im Vordergrund steht, hat sich die Leipziger Hochschule für Grafik und Buch-

kunst auf die grafischen Künste mit Fokus auf die buchgrafische Gestaltung spezialisiert. Große Namen sind mit beiden Kunstschmieden verbunden: so u. a. Wilhelm Rudolph und Siegfried Klotz mit Dresden sowie Werner Tübke, Wolfgang Mattheuer und Dietrich Burger mit Leipzig, um nur einige zu nennen.

Holz- und Textilgestaltung in Schneeberg

Zu diesen beiden traditionsreichen Schulen gesellte sich die 100 Jahre später gegründete Hochschule in Schneeberg, die sich auf die Holz- und Textilgestaltung spezialisiert hat. Die Skulpturen, u. a. von Bruno Raetzsch, lassen auch hier eine eigene Hochschul-Tradition, eine eigene Handschrift erkennen, in der sich Handwerk mit künstlerischer Gestaltung verbindet. Ergänzend wurden Arbeiten von Schülern des vergleichsweise jungen Studienganges Holzgestaltung an der Fakultät für Angewandte Kunst in Schneeberg der Öffentlichkeit vorgestellt.

Trotz aller Unterschiede bei Stilformen und Ausprägungen spürte die Schau neben den individuellen Besonderheiten der drei Hochschulen auch den Zusammenhängen zwischen diesen drei Einrichtungen nach und legte im Ergebnis ein beeindruckendes und sehenswertes Zeugnis zeitgenössischer sächsischer Kunst ab.

Hintergrund Kunstfonds:

Die Sammlung des Kunstfonds des Freistaates Sachsen ist eine der bedeutendsten Kunstsammlungen zur sächsischen Kunst nach 1945. Sie umfasst heute mehr als 30.000 Werke aller

Genres der bildenden Kunst. Seit 1992 wird die Sammlung durch die jährlich stattfindenden Förderankäufe des Freistaates Sachsen ergänzt.

Christoph Wehmann

Petitionen auf den Land

Die Verfassung des Königreichs Sachsen aus dem Jahre 1831 ermöglichte es den Parlamentariern, Petitionen und Beschwerden anzunehmen. Von den je vier Arbeitsausschüssen der beiden Landtagskammern befasste sich einer des Unter- und einer des Oberhauses abschließend damit. Wenn Petitionen im Plenum ausreichend unterstützt wurden, leitete der Landtag diese an die Staatsregierung weiter. Von Sachsens Beitritt zum Norddeutschen Bund bis kurz vor dem Ersten Weltkrieg begleitete ca. die Hälfte der Petitionen die Gesetzgebungsprozesse zur sächsischen Steuer- und Verwaltungsreform sowie zum Eisenbahnbau.

Seit 1866 diskutierte das Parlament über das Steuerrecht. Bis zu dessen Reform 1878 und deren Nachbesserungen in den 1890er-Jahren erreichten den Landtag kontinuierlich Eingaben zu allen Formen des Steuerrechts. Staatsbeamte, Unternehmer, Gewerbetreibende und -vereine beschwerten sich über die Höhe der zu leistenden Einkommenssteuer und forderten Gesetzesänderungen. Gleiches galt für die Gewerbesteuer. Über sie klagten Händler wie die Hausierer und Wanderverkäufer oder Kredit- und Konsumvereine. Verbrauchssteuern und Zölle waren Gründe für landwirtschaftliche Vereine, Genossenschaften, Innungen und Unternehmer, Petitionen an den Landtag zu senden. Immer wieder betrafen Eingaben auch

// Der Sächsische Landtag fördert zurzeit ein Forschungsprojekt der TU Dresden, in dem die Geschichte der sächsischen Landtage vom Mittelalter bis heute erforscht wird. Bei den Arbeiten kommen immer wieder interessante Quellen zum Vorschein. Der Landtagskurier stellt diese als Fundstücke aus der Geschichte der sächsischen Landtage vor. //

die Höhe der Erbschaftssteuer, die Grundsteuer und die Finanzierung von Gemeindeanlagen und Schulen.

Schon seit den 1850er-Jahren waren kontinuierlich Petitionen, die eine Reform der Verwaltung und der juristischen Prozesse forderten, beim Landtag eingegangen. Die sächsische Verwaltungsreform von 1873 vollzog die Trennung von Justiz und Verwaltung. Die kommunale Selbstverwaltung wurde ebenfalls neu organisiert und ausgedehnt. Deshalb beschäftigten bis Mitte der 1880er-Jahre jeden Landtag formaljuristische Petitionen. Kleine Städte und Gemeinden baten um den Bau von Amtsgerichten, um Entschädigungszahlungen aufgrund der Verlegung oder Auflösung eines Gerichts sowie um die Zuweisung zu einem neuen Richter. Zahlreiche Petitionen bezogen sich auf die Änderung von Paragraphen der neuen Städte- und Landgemeindeordnung. Bis zur Jahrhundertwende stabilisierten sich die Verwaltungsstrukturen im Alltag; darauf weisen die rückläufigen Eingaben hin, die zu diesem Bereich in den 1880er-Jahren beim Landtag gingen. In den 1890er-Jahre verschwanden sie allmählich aus den Landtagsdebatten.

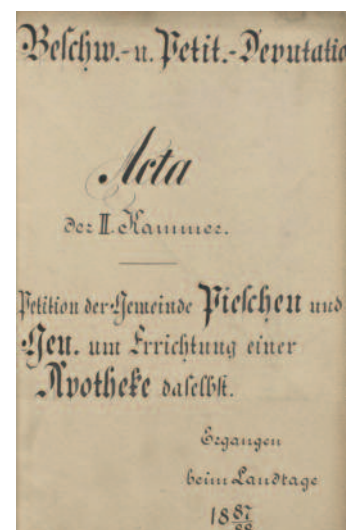
Das sächsische Eisenbahnwesen

Einen großen Teil der Landtagsverhandlungen nahm das sächsische Eisenbahnwesen ein. Zu jedem Landtag wurde für den Neu- und Ausbau von Eisenbahnstrecken, Bahnhöfen und Haltestellen petitiert. Bei den Verhandlungen um den Streckenbau wurden die Abgeordneten beider Kammern zu regelrechten Eisenbahnagenten. Neue Strecken bedeuteten wirtschaftliches Wachstum für ihre Region und ihre Wählerklientel. Deshalb verdeutlichten die Abgeordneten die Bedeutung neuer Strecken oft mit der Anzahl der dazu eingereichten Petitionen. Die Zugehörigkeit zu politischen Lagern spielte in den Eisenbahndebatten keine Rolle.

Die Bittschriften zur sächsischen Reformgesetzgebung und zum Eisenbahnbau zeigen, dass Petitionen einen Kommunikationskanal aus der Bevölkerung in den Landtag hinein darstellten. Dieser wurde regelmäßig genutzt und begleitete die Gesetzgebungsprozesse im parlamentarischen Alltag.

Neben den Reformgesetzen und der Eisenbahn betrafen Petitionen bis zur Jahrhundertwende um 1900 außerdem vor allem Gehalts- und Pensions-

verhältnisse und Konflikte mit staatlichen Justiz- und Exekutivbehörden. Zu jeder Landtagsperiode wurden zahlreiche Petitionen für die Verbesserung der Gehalts-, Pensions- und Emeritierungsverhältnisse an den Landtag gesandt. Die meisten kamen von Lehrern und Lehrervereinen. Aber auch andere Staatsdiener – Beamte, Kirchendiener, Militärangehörige und Eisenbahner – versuchten mittels Petitionen ihre individuellen Pensionsverhältnisse zu verbessern. Häufig waren auch Eingaben, die auf eine Verbesserung der Witwen- und Waisenrente für Hinterbliebene und auf die Versorgung von Invaliden abzielten. Erst nach der Jahrhundertwende verringerten sich diese Petitionen aufgrund gesetzlicher Regelungen und



// Deckblatt einer Akte der Beschwerde- und Petitionsdeputation der Zweiten Kammer vom Landtag 1887/88 // (Sächs. HStA Dresden)

tagen 1866–1910



// Unterschriften unter eine Petition, die um die Einrichtung einer Apotheke in Pieschen bittet. Landtag 1887/88, Zweite Kammer // (Sächs. HStA Dresden)

Fleischbeschau im Jahr 1898 ist auf die wiederkehrenden Petitionen seit den 1870er-Jahren zurückzuführen, die die Gesetzgebung dazu initiierten.

Zuletzt suchte ein sehr kleiner Teil von Petitionen staatliche Unterstützung bei Brandschäden, Unglücken und Naturgewalten. Die Landtage 1897/1898 und 1899/1900 verzeichneten zahlreiche Petitionen zur Unterstützung wegen Hochwasserschäden.

Resümierend ist festzustellen, dass über Petitionen rechts- und wirtschaftspolitische Anliegen der Bevölkerung ihren Weg ins Zweikammerparlament und damit in den politischen Prozess fanden. Diese Bittschriften waren in ihrer Mehrzahl formaljuristischer Natur. Aber auch gesellschaftliche Entwicklungen konnten sich in Petitionen spiegeln. Das zeigen die wenigen, aber immer wiederkehrenden Eingaben um das Landtagswahlrecht oder die Tanzveranstaltungen. Tanzen galt als Sinnbild von Freizeitkultur und Hedonismus. Die Debatten darüber brachten gravierende weltanschauliche Unterschiede unter den Abgeordneten zum Vorschein.

In der gängigen Geschichtsliteratur werden die Landtage 1866 bis 1918 häufig als Erfüllungsgehilfe der sächsischen Staatsregierung beschrieben. Diese Einschätzung beruht auf der scharfen Polarisierung der Abgeordneten, wenn es um Fragen von gesellschaftspolitischer Brisanz ging. Als muster-

gültig für solche weltanschaulichen Kontroversen wird die Auseinandersetzung um das Landtagswahlrecht angesehen, die von den Sozialdemokraten mit einem Block konservativer und liberaler Parteien geführt wurde. Das Petitionswesen zeigt jedoch, dass jenseits dessen die politische Arbeit keineswegs ideologisch polarisiert war. Im parlamentarischen Alltag waren Gesetzgebungsprozesse und deren Verhandlungen stets von Petitionen begleitet. Die Abgeordneten nahmen dazu selten weltanschauliche oder parteipolitische Positionen ein. Wenn ein Landtagsmitglied den Antrag stellte, eine Petition zuzulassen, brachte es ein Anliegen aus der Bevölkerung in den politischen Prozess ein. Wiederkehrende Petitionen zeigten politischen Handlungsbedarf an und waren ein Gradmesser, welche Akzeptanz rechtliche Veränderungen fanden. Denn Eingaben hielten Themen kontinuierlich auf der Agenda des Zweikammerparlaments. Weil in der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts beständig Petitionen beim sächsischen Landtag eingingen, wurden die Reformgesetze der 1870er-Jahre mehrfach nachgebessert, die Gehälter der Lehrer erhöht und Eisenbahnstrecken anders als ursprünglich geplant gebaut.

Wirtschaftliche Angelegenheiten

diverser Nachbesserungen. Gelegentlich erreichten den Landtag Beschwerden über die ungerechte Behandlung durch Behörden oder Staatsdiener. Die meisten Fälle betrafen Körperverletzungen, wenige auch Misshandlungen durch Polizisten. Lediglich die Beschwerde eines Dresdner Wirtes gegen die Polizeidirektion »wegen der Konfiszierung von angeblich mit unmoralischen Bildern versehenen Biergläsern« sticht als Kuriosum hervor. Sie wurde aber abgewiesen. Am häufigsten waren bei den Beschwerden gegen Behörden Widersprüche und Entschädigungsforderungen wegen nicht erteilter Baugenehmigungen zu finden.

Ein weiterer, kleiner Teil von Petitionen betraf gewerberechtliche Streitfragen und wirtschaftliche Angelegenheiten. Das waren zum einen Gesuche um Konzessionen, zum Beispiel für das Abhalten von Tanzveranstaltungen oder zum Betrieb von Schankwirtschaften und Apotheken. Zum anderen wurde auf Gesetzesänderungen in verschiedenen Gewerbebranchen petitiert. Beispiele sind wiederkehrende Petitionen zur Verkürzung der Schonzeiten beim Fischfang durch die Fischerinnen Sachsens und die Aufhebung von Bestimmungen im Baurecht durch Architekten und Handwerksinnungen. Die Einführung der gesetzlichen



Ausstellung

Augenstern – Alterswerke IV

Am 19. Oktober eröffneten der Künstlerbund Dresden e. V. und Landtagspräsident Dr. Matthias Röbner mit einer Vernissage die Ausstellung »Augenstern« – Alterswerke im Bürgerfoyer des Sächsischen Landtags. Die Ausstellung wird noch bis zum 14. November 2016 gezeigt.



Foto: Sächsischer Landtag, K. Ciesluk

Werde Lebensretter! – Sächsischer Landtag beteiligt sich an Aktionstagen zur Ersten Hilfe

Der Sächsische Landtag unterstützte anlässlich der »Woche der Wiederbelebung« (19. bis 25. September 2016) erneut die Aktionstage »Trau Dich – Hilf Leben retten«. Landtagspräsident Dr. Matthias Röbner hatte die Schirmherrschaft für zwei Veranstaltungen im Parlament übernommen, bei denen jeweils 100 Schüler ab Klasse 8 grundlegende Kenntnisse zur Ersten Hilfe vermittelt bekamen und diese anschließend an einer lebensgroßen Puppe trainieren konnten. Auch die Ausstattung eines Krankenwagens konnten sich die Jugendlichen vor dem Landtag aus nächster Nähe ansehen und erklären lassen. Die Aktionstage am 19. und 23. September fanden in Kooperation mit dem Krankenhaus Dresden-Friedrichstadt statt.

Dokumentation zum Dresdner Gesprächskreis im Ständehaus »TTIP – Chancen und Risiken transatlantischen Freihandels« erschienen



TTIP und transatlantischer Freihandel waren Thema des 7. Dresdner Gesprächskreises im Ständehaus am 7. Juni 2016. Landtagspräsident Dr. Matthias Röbner hatte dazu Professor James D. Bindenagel, früherer US-Botschafter und heutiger Inhaber der Henry-Kissinger-Professur an der Universität Bonn, nach Dresden eingeladen. Dessen Vortrag und die sich anschließende interessante Podiumsdiskussion können Sie in der Dokumentation nachlesen.



www.landtag.sachsen.de/de/service/publikationen/index.cshtml



www.landtag.sachsen.de/de/aktuelles/index.aspx



Der Sächsische Landtag auf Twitter:
twitter.com/sax_l1

Abs.: SDV – Die Medien AG, Tharandter Straße 23–35, 01159 Dresden,
PVSt. – AG, Entgelt bezahlt, F 13058

Plenarsitzungen des Sächsischen Landtags

09. – 10.11.2016
Beginn jeweils 10:00 Uhr

Weitere Plenarsitzungen
finden wie folgt statt:

13. – 16.12.2016
01. – 02.02.2017
15. – 16.03.2017

Der Sächsische Landtag überträgt die Plenarsitzungen live als Videostream auf der Internetseite www.landtag.sachsen.de.

Auch die Tagesordnungen, die Wortprotokolle und die Videoaufzeichnungen finden Sie in unserem Internetauftritt. Weiterhin werden die Aktuellen Debatten der Plenarsitzungen auch im Regionalfernsehen ausge-

strahlt. Nähere Informationen entnehmen Sie bitte dem Programm Ihres Senders. Im MDR-Radio werden die Landtagsdebatten zudem live und digital auf DAB+ auf dem Kanal MDR SACHSEN EXTRA übertragen.

Weitere Informationen erhalten Sie unter www.mdr.de.



Weitere Informationen des Sächsischen Landtags

Faktionen

CDU
Tel. 0351 493-5555
DIE LINKE
Tel. 0351 493-5800
SPD
Tel. 0351 493-5700
AfD
Tel. 0351 493-4201
GRÜNE
Tel. 0351 493-4800

Publikationsbestellung und Leserbriefe

Sächsischer Landtag
Veranstaltungen,
Besucherdienst und
Publikationen
Bernhard-von-
Lindenu-Platz 1
01067 Dresden
Tel. 0351 493-5133
info@slt.sachsen.de
www.landtag.sachsen.de

Besucherdienst

Anmeldungen für die Besucherbetreuung und den Besuch von Plenarsitzungen erfolgen unter Tel. 0351 493-5131.

Bürgerfoyer

Öffnungszeiten:
Montag bis Freitag von
10:00 bis 18:00 Uhr;
an Wochenenden und
Feiertagen geschlossen.

CHIAVERI – Restaurant im Sächsischen Landtag

Öffnungszeiten:
täglich von 11:00 Uhr
bis 23:00 Uhr
Tel. 0351 496-0399

Kein Zugang für elektronisch signierte sowie verschlüsselte elektronische Dokumente.

Eine elektronische Version des Landtagskuriers finden Sie unter www.landtag.sachsen.de/Aktuelles/Landtagskurier.

Die Beiträge der Gastautoren geben nicht zwangsläufig die Meinung der Redaktion wieder.

Diese Publikation wird vom Sächsischen Landtag im Rahmen der parlamentarischen Öffentlichkeitsarbeit herausgegeben. Die Abgabe erfolgt kostenfrei. Eine Verwendung für die eigene Öffentlichkeitsarbeit von Parteien, Fraktionen, Mandatsträgern oder Wahlbewerbern – insbesondere zum Zwecke der Wahlwerbung – ist unzulässig, ebenso die entgeltliche Weitergabe der Publikation.

Impressum Herausgeber: Sächsischer Landtag – Verfassungsorgan des Freistaates Sachsen, Bernhard-von-Lindenu-Platz 1, 01067 Dresden – Der Freistaat Sachsen wird in Angelegenheiten des Sächsischen Landtags durch dessen Präsidenten Dr. Matthias Röbner vertreten. | Redaktion: V. i. S. d. P.: Hans-Peter Maier, Sächsischer Landtag | Redakteur: Uwe Nösner, Sächsischer Landtag | Redaktionelle Mitarbeit: Katja Ciesluk, Martina Findeisen, Thomas Gey, Falk Hentschel, Heiner Ridder, Dr. Thomas Schubert (alle Sächsischer Landtag, Anschrift s. o.) | Textbearbeitung und Gestaltung: Ö GRAFIK, Wittenberger Straße 114 A, 01277 Dresden | Druck und Vertrieb: SDV – Die Medien AG, Tharandter Straße 23–35, 01159 Dresden | Redaktionsschluss: 05.10.2016
Gastautoren: Christoph Wehmann, TU Dresden, Philosophische Fakultät, Institut für Geschichte, Lehrstuhl für Sächsische Landesgeschichte, 01062 Dresden; Paul Günther, Praktikant, Sächsischer Landtag; Thomas Starke (Sächsischer Landtag/Verbindungsbüro Brüssel)